

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

23. Jahrgang

Berlin, den 21. September 1956

Nummer 38

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte September 1956

Die internationale Konjunktur

Mit Beendigung der sommerlichen Ruhepause, die der westlichen Wirtschaft zwar die saisonübliche Entlastung, aber keineswegs etwa den Umbruch der konjunkturellen Grundtendenz gebracht hat, sind jetzt die in den konjunkturell führenden Ländern der westlichen Welt ungebrochenen Auftriebskräfte wieder verstärkt wirksam geworden. Auf eine vereinfachte Formel gebracht zeigen sich diese stark expansiven Kräfte in dem sich verschärfenden Mißverhältnis zwischen der in der gesamten westlichen Wirtschaft nur verlangsamt wachsenden Erzeugung einerseits und in der anhaltend hohen, ja, sich beschleunigenden Zunahme der nominalen Einkommen andererseits. Bei einer derartigen Konstellation muß der allgemeine Preistrend nach oben gerichtet sein.

Zwar bestehen für die einzelnen Länder im Grad dieses Trends gewichtige Unterschiede, aber selbst die scheinbar gelungenen Versuche einzelner Länder, dieser Aufwärtsbewegung des allgemeinen Preisniveaus Einhalt zu gebieten oder sie wenigstens zu verlangsamen, ändern nichts an der Gesamtrichtung der Preise, die nach oben weist.

Wenn es trotz der zum Teil sehr drastischen Restriktionen, die im wesentlichen allein von der monetären Seite her erfolgten, gerade in den inflatorisch am meisten gefährdeten Ländern (Großbritannien) nicht gelang, einen Umbruch der Preisentwicklung herbeizuführen, so liegt dies entscheidend daran, daß unter der Bedingung „Vollbeschäftigung“, die heute praktisch für die gesamte westliche Wirtschaft erfüllt ist, der für die Preisstabilität gefährliche, nominale Einkommenszuwachs von der monetären Restriktion nicht erfaßt und damit auch nicht auf ein normales Maß gedämpft werden kann. Der Trend der Masseneinkommen ist so in allen Ländern der westlichen Wirtschaft — unbeeinflusst von der monetären Restriktion und weitgehend unabhängig von der nur noch verlangsamt zunehmenden Investition — nach wie vor stark nach oben ge-

richtet. Für den starken Zuwachs dieser Einkommen ist neben dem meist kleiner gewordenen Zuwachs der Beschäftigung vor allem die anhaltende und sich verstärkende Erhöhung der Lohnsätze bestimmend.

In den Ländern, in denen die Investitionstätigkeit stärker gedämpft worden ist, zeigt sich zudem eine auffallend starke Verlangsamung des Fortschritts in der Produktivität, die an sich in einem gewissen Widerspruch zu den für dieses Jahr erwarteten starken Produktivitäts- und Rationalisierungseffekten des vorjährigen Investitionsbooms steht. Der geringere Zuwachs der Effizienz hat in Verbindung mit dem verstärkten Auftrieb der Nominallohnentwicklung die Kostensituation und damit auch das Preisklima weiter verschlechtert.

Die diese Divergenz zwischen nominaler und realer Entwicklung bisher immer wieder kurzfristig kompensierenden Faktoren sind im Gegensatz zu den expansiven Kräften keineswegs auch für die Zukunft gewährleistet, so daß das ohnehin nur labile Gleichgewicht bei Fortdauer der Auftriebskräfte noch gefährdeter sein dürfte als bisher. Die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen der westlichen Wirtschaft deuten jedenfalls darauf hin, daß unter Vollbeschäftigungsbedingungen die Möglichkeiten gering sind, eine allgemeine Preissteigerung durch Mittel außerhalb der monetären Restriktion unter Kontrolle zu bekommen. Dies heißt zwar nicht etwa, daß die grundsätzliche Wirksamkeit derartiger Mittel, also vor allem die der Fiskalpolitik, fraglich sei, wohl aber trifft dies für die Anwendung derartiger Mittel unter den gegenwärtigen und für die nächste Zukunft absehbaren konjunkturellen Voraussetzungen in der Mehrzahl der Länder zu. Gerade in den Ländern, in denen bisher der konjunkturell dämpfende Einfluß etwa einer wachsenden Geldstilllegung durch die Öffentliche Hand wirksam war, hat nicht nur der Widerstand gegen eine derartige, in vieler Hinsicht fragwürdige Methode der Nachfragedämpfung zugenommen, sondern auch die Fondsbildung als solche zeigt

von der verstärkt wachsenden Ausgabenseite her eher nachlassende antizyklische Tendenzen, so daß sich der kontraktive Einfluß hier in absehbarer Zeit ins Gegenteil verwandeln dürfte. In Ländern wie Großbritannien und neuerdings auch wieder Frankreich, dessen öffentliches Defizit beträchtlich zugenommen hat, wirkte die öffentliche Einnahmen- und Ausgabengestaltung von jeher nicht antizyklisch, sondern förderte den konjunkturellen Auftrieb und erschwerte die monetäre Restriktion.

Westdeutschland

Bei dieser expansiven Grundrichtung aller wesentlichen Faktoren, die gegenwärtig die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Welt beeinflussen, ist die konjunkturelle Grundsituation Westdeutschlands heute trotz der zunächst erzielten Preisberuhigung im industriellen Sektor und trotz der Nachfragedämpfung, die innerhalb der Investitionsgüterindustrie, der Grundstoffherzeugung und vor allem auch im Bereich der Bauwirtschaft festgestellt werden kann, keineswegs als gefestigt, sondern eher als anfällig für neue, verstärkte Preissteigerungen zu kennzeichnen. Zwar steht Westdeutschland im Vergleich zur Mehrzahl der übrigen westeuropäischen Länder und auch im Vergleich mit der Wirtschaft der Vereinigten Staaten nach wie vor auf der Erfolgseite in der Bekämpfung inflatorischer Tendenzen, denn es war nicht nur möglich, das allgemeine Preisniveau zu stabilisieren, sondern es gelang auch trotz des stark verringerten Zuwachses der Nettoinvestitionen, die reale Fortschrittsrate des westdeutschen Sozialproduktes im Vergleich mit anderen Ländern hoch zu halten. Aber gerade solche Faktoren, wie die verstärkte Zunahme des privaten Verbrauchs oder auch die kräftige Zunahme der Ausfuhr, die bisher wesentlich dazu beigetragen haben, daß der Übergang von der übersteigerten Investition des Vorjahres in die Normalisierung dieses Jahres erleichtert wurde, also ohne fühlbaren Rückgang des allgemeinen Fortschrittstempos erfolgen konnte, sind andererseits auch geeignet, die zunächst latent gehaltenen, d. h. nicht zu stärkeren Preissteigerungen führenden Lücken zwischen der im Wachstum zurückbleibenden güterwirtschaftlichen Seite des Sozialproduktes und der nominalen Ein-

kommensentwicklung zu vergrößern anstatt zu schließen.

Wenn die westdeutsche Geld- und Kreditpolitik trotz der in Westdeutschland nach wie vor bestehenden Divergenz zwischen Nominallohnentwicklung und Produktivitätsentwicklung, die sich auf Grund des anhaltenden Lohntrends nach oben zu verstärken droht, sich jetzt entschlossen hat, die monetäre Restriktion durch Diskontsenkung zu mildern, so ist diese Lockerung zweifellos nicht unter Außerachtlassung der aus der genannten Diskrepanz drohenden Gefahr für die allgemeine Preisentwicklung erfolgt. Da aber ein akuter Anlaß für die Beibehaltung oder gar Verschärfung der monetären Restriktion nicht bestand und da gerade das Lohn-Produktivitäts-„gap“ durch monetäre Maßnahmen nach den bisherigen Erfahrungen in allen Ländern der westlichen Wirtschaft unter Vollbeschäftigungsbedingungen praktisch nicht zu beseitigen ist, es sei denn durch eine so drastische Handhabung der Geld- und Kreditrestriktion, daß die Vollbeschäftigung aufgegeben werden müßte, konnten andere Gründe, die stark für eine gewisse Milderung der Restriktion sprachen, diesen Entschluß erleichtern.

Die anderen Gründe sind um so triftiger, als die monetäre Restriktion in Westdeutschland bekanntlich zur Entstehung eines weiteren, ebenfalls stark expansiv wirkenden Faktors in Gestalt der anhaltend hohen und in den vergangenen Monaten sich erheblich verstärkenden Überschüsse der Außenwirtschaft beitrug. Zwar ist auch dieses außenwirtschaftliche „gap“ als unerwünschte expansive Kraft bisher insofern nicht wirksam geworden, weil die Geldinstitute den aus diesem „gap“ fließenden starken Liquiditätsstrom bekanntlich nicht zur Kreditausweitung, sondern zum Abbau ihrer Verschuldung beim Zentralbanksystem verwandten. Auch die Wirtschaft selbst ist in ihrer Kreditnachfrage vorerst erheblich zurückhaltender geworden. Hinzu kam schließlich als weiterer Grund, daß durch die Diskontsenkung ein gewisser psychologischer Beitrag zur Dämpfung der auf dem Kapitalmarkt bestehenden und jedes verünftige Ausmaß übersteigenden Zinserhöhungstendenzen geleistet werden konnte und damit vor allem der in arge Bedrängnis geratene Pfandbriefmarkt eine gewisse Atempause erhalten hat.

Zur Lage der Privatindustrie in der Sowjetzone Deutschlands (SBZ)

Seit 1945 ist die Privatindustrie in der SBZ durch Sequestrierungen (Umwandlung von Privatbetrieben in SAG-Betriebe), durch die Enteignungen ab Sommer 1946 und durch steuerliche und strafrechtliche Maßnahmen seitens der Zonenbehörden aus einer Reihe von Zweigen der Grundstoff- und Schwerindustrie sowie der metallverarbeitenden Industrie fast völlig verdrängt worden. Dieser Prozeß der gewaltsamen Industriereform nach den Leitsätzen des Marxismus-Leninismus wurde ab 1950 durch geräuschlosere Methoden des planwirtschaftlichen Dirigismus ergänzt, die der Wirtschaftsverwaltung der SBZ erlaubten, von Fall zu Fall die Privatindustrie als Nothelfer einzu-

setzen und ihre Bedeutung offiziell hervorzuheben, ohne ihr so viel Spielraum zu lassen, daß sie ein eigenes Gewicht wiedererlangen und sich aus den Fesseln der Planwirtschaft hätte lösen können.

Heute gehört die Privatindustrie der SBZ im Organisationsschema der sowjetzonalen Industrie zur Kategorie „Örtliche Wirtschaft“. Sie wird mit den Betrieben der volkseigenen örtlichen Industrie, die von den Verwaltungen der Gemeinden und Kreise gesteuert werden und deren Schwergewicht in der Produktion von Massenbedarfsgütern liegt, auf eine Stufe gestellt.

Die amtliche Statistik über die Entwicklung der sowjetzonalen Privatindustrie während des 1. Fünfjahr-

planes berücksichtigt nicht die inzwischen erfolgten Strukturänderungen zwischen privater und staatlicher Industrie, sondern geht für die gesamte Berichtszeit von der Struktur des Jahres 1955 aus. Sie berichtet also nur über die Entwicklung der im Jahre 1955 noch in Privathand befindlichen Betriebe, ihre Produktion und Beschäftigtenzahl, was bei den folgenden Ausführungen zu beachten ist.

Setzt man mit dieser Einschränkung die Produktion der privaten und volkseigenen Betriebe in den einzelnen Industriezweigen gleich hundert, so ergibt sich bei einer Gegenüberstellung der Jahre 1948 und 1955 der folgende

Anteil der privaten Industrie (in vH)¹⁾

	1948	1955
Energie	60	—
Bergbau	2	2
Metallurgie	46	—
Chemie	65	6
Baumaterialien	72	18
Maschinenbau	59	10
Elektrotechnik	68	7
Feinmechanik/Optik	85	14
Holzbearbeitung	88	40
Textilindustrie	69	24
Konfektion, Leder, Schuhe, Rauchwaren	83	40
Zellstoff, Papier, Polygraphie	56	20
Lebensmittel	57	33

Der private Anteil am Wert der industriellen Bruttoproduktion — im Jahre 1950 noch mit 23,5 vH angegeben — betrug nach der offiziellen sowjetzonalen Statistik im Jahre 1955 nur noch 14,7 vH und lag damit unter dem im Fünfjahrplan für den gleichen Zeitpunkt festgelegten Anteil von 18,8 vH. Bereits bis zum Jahre 1953 war der private Anteil bis auf einen Stand von 14,5 vH abgesunken. Als Folge des „neuen Kurses“ und des Stops der Benachteiligung der Konsumgüterindustrie konnte sich der private Anteil im Jahre 1954 jedoch wieder geringfügig auf einen Stand von 15,2 vH erholen. Für das Jahr 1960 ist ein Stand von etwa 10 vH vorgesehen — jedoch einschließlich der Produktion der Industriebetriebe mit staatlicher Kapitalbeteiligung —, so daß der effektive private Anteil noch darunter liegen muß.

Die offiziellen Verlautbarungen lassen für den industriellen Bereich den Schluß zu, daß nach der schon seit Beginn der langfristigen Planwirtschaft beseitigten funktionalen Selbständigkeit der Privatbetriebe nunmehr auch deren Kapitalbasis — soweit noch vorhanden — durch Staatsbeteiligungen überfremdet und damit die Privatindustrie eines Tages ohne größeres Aufsehen liquidiert sein wird, wobei heute noch nicht gesagt werden kann, ob es zur Erreichung dieses Zieles dann noch zusätzlicher Maßnahmen steuerlicher oder kreditpolitischer Art bedarf. Die unternehmerischen Fähigkeiten der Privatindustriellen sollen der SBZ-Industrie möglichst nicht wie bisher durch Flucht verlorengehen, sondern durch die Koppelung an den staatlichen Kapitalanteil und später durch Übernahme in den Staatsdienst als belebendes Element gegen die Schwerfälligkeit der staatlichen Verwaltungswirtschaft wirksam werden.

Nach der zonenamtlichen Darstellung stieg der Produktionswert der Privatindustrie von 1950 bis 1955 um 18,6 vH (Zuwachs der Gesamtindustrie der SBZ im

¹⁾ „Statistische Praxis“, Ost-Berlin, Jg. 1956, Nr. 7 (Annäherungswerte).

Die Privatindustrie der SBZ
Nach offiziellen sowjetzonalen Angaben

Jahr	Wert der Bruttoproduktion ¹⁾		Arbeiter ²⁾ und Angestellte in 1000	Produktionswert je Beschäftigten in DM
	in Mill. DM	in vH der Gesamtproduktion		
1950	5 484,2	23,5	578	9 488
1951	.	.	594	.
1952	.	.	574	.
1953	5 400,7	14,5	488	11 067
1954	6 253,9	15,2	492	12 711
1955	6 504,3	14,7	498	18 061

¹⁾ Meßwert auf Preisbasis 1950. — ²⁾ Berechnet nach „Statistische Praxis“, Ost-Berlin, Jg. 1956, Nr. 7, S. 89.

gleichen Zeitraum = 89,6 vH), während die Zahl der unselbständig Beschäftigten in der Privatindustrie um 13,8 vH sank.

Diese Angaben geben jedoch die Entwicklung nicht richtig wieder. Neben der bereits erwähnten Außerachtlassung der Strukturänderungen der Privatindustrie wird das Bild noch dadurch verfälscht, daß die amtliche Industrieberichterstattung die Gesamtproduktion der einzelnen Jahre durch Einbeziehung bzw. Nichteinbeziehung der Produktion der SAG-Betriebe und der Ost-Berliner Betriebe manipuliert hat²⁾. Die durch Umwandlung privater und volkseigener Betriebe zwischen 1950 und 1955 verursachten Strukturänderungen lassen sich quantitativ nicht erfassen. Bei Berücksichtigung der Manipulationen hinsichtlich der Ost-Berliner Privatindustrie aber muß der Bruttoproduktionswert der mitteldeutschen Privatindustrie für 1950 mit etwas über 6 Mrd. DM veranschlagt werden, was einem Anteil an der nicht manipulierten industriellen Gesamtproduktion von 20 vH entspräche. Der niedrigste Anteil im Jahre 1953 betrug danach nur noch 13,1 vH. Der Produktionszuwachs der Privatindustrie 1950—55 hat statt 18,6 nur rd. 8 vH betragen gegenüber einem berechtigten Zuwachs der gesamten Industrie von 46,8 vH. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie ging im gleichen Zeitraum um etwa 22 vH zurück.

Wenn auch der Meßwert den wirklichen Produktionswert nicht wiedergibt und der Einfluß von Preissteigerungen nicht exakt ausgeschaltet ist, so kann doch aus der Entwicklung des Bruttoproduktionswertes je Kopf der unselbständig Beschäftigten der Privatindustrie abgelesen werden, daß auch dort die Leistung je Arbeitskraft zugenommen hat. Diese Zunahme ist mit einem Satz von 37,6 vH nach amtlicher Darstellung und mit 38,7 vH nach berichtigten Zahlen für die Zeit von 1950 bis 1955 allerdings niedriger als der durchschnittliche Zuwachs in der Gesamtindustrie mit 43,9 vH. Der Produktionswert je Arbeitskraft in der Privatindustrie hat zwar allgemein höher gelegen als der in der vergleichbaren örtlichen volkseigenen Industrie, er betrug im Jahre 1950 aber nur 90 vH, im Jahre 1953 84,7 vH, im Jahre 1954 91,4 vH und im Jahre 1955 86,7 vH der vergleichbaren Werte der Gesamtindustrie. Dieser Rückstand verdeutlicht die Auswirkungen der staatlichen Wirtschaftspolitik auf die Privatindustrie — vor allem die Ausschaltung aus großen Bereichen der Industrie überhaupt und die Behinderung privater Betriebsverbesserungen — durch die staatliche Investitionspolitik.

Auch für die Privatindustrie hat das Arbeitskräfteproblem Bedeutung. Die tarifliche Begünstigung der

²⁾ Siehe hierzu Abeken, Gerhard: „Die sowjetzonale Wirtschaftsexpansion und ihre Darstellung in der offiziellen Berichterstattung“ in einer im November erscheinenden Sonderveröffentlichung des DIW.

Grund- und Schwerindustrie und die bei der staatlichen Industrie bestehenden Möglichkeiten, soziale und kulturelle Einrichtungen auf Betriebskosten und damit zu Lasten des Staatshaushaltes zu halten, üben auf die Belegschaften der Privatbetriebe einen Anreiz zum Wechseln des Arbeitsplatzes aus. Dieser Einfluß ist bisher weitgehend durch die Abneigung der Privatbeschäftigten gegen die mit solchen Vorteilen verbundene scharfe politische und Arbeits-Kontrolle in den Staatsbetrieben gemildert worden. Die Nachwuchsausbildung aber liegt fast ausschließlich bei den Staatsbetrieben, denen die Mittel für die Lehrlingswerkstätten als „gesellschaftlich notwendige Kosten“ zur Verfügung gestellt werden. Seit 1954 scheint es der Privatindustrie jedoch trotzdem gelungen zu sein, ihren Kräftebedarf zu decken und ihre Beschäftigtenzahlen wieder etwas zu erhöhen. Dies könnte sogar mitbestimmend gewesen sein für die amtlichen sowjetzonalen Ankündigungen hinsichtlich der für 1957 beginnenden Rentenreform, daß für die ununterbrochene Beschäftigung von mehr als 15 Jahren in einem sozialistischen Betriebe ein Rentenzuschlag von 10 vH gewährt werden solle.

Im 1. Halbjahr 1956 soll die Produktion der Privatindustrie um 215 Mill. DM unter dem Planziel geblieben sein³⁾, was von offizieller Seite mit als eine Folge eigenwilliger Störmaßnahmen untergeordneter Behörden erklärt wurde. Ob sich zwischen der offiziellen Generallinie und der Praxis auf unterer Ebene in einer totalen Staats-Planwirtschaft wirklich so schwerwiegende sachliche Divergenzen entwickeln können, ist für den Außenstehenden nicht zu übersehen. Da die unteren Organe in der taktischen Auslegung grundsätzlicher Anordnungen zwangsläufig nicht so wendig sein können wie die Zentralinstanz, liegt die Vermutung jedoch nahe, daß sich hier zeitliche Überschneidungen einander entgegenstehender Anweisungen ausgewirkt haben. Der Magistrat von Ost-Berlin erließ beispielsweise Anfang 1956 folgende Anordnung für die Erteilung von Aufträgen an Privatbetriebe: „... Ich weise darauf hin, daß es zu den selbstverständlichen Pflichten aller Organe der Staatsmacht, ihrer nachgeordneten Dienststellen und Einrichtungen gehört, Aufträge aller Art grundsätzlich nur volkseigenen oder genossenschaftlichen Betrieben zu erteilen. Eine andere Handlungsweise ist eine Verletzung des Grundsatzes, daß alle Mitglieder der Organe der Staatsmacht jederzeit die Grundlagen unserer volksdemokratischen Ordnung zu festigen haben. Sie ist eine Verletzung der Disziplinarordnung vom 13. Mai 1955 und wird in Zukunft entsprechend disziplinarisch bestraft werden. Auftragserteilung an Privatunternehmen in besonderen Einzelfällen bedarf der vorherigen Zustimmung des zuständigen Stellvertreters des Oberbürgermeisters bzw. des Stellvertreters des Vorsitzenden des Rates und Stadtbezirkes...“⁴⁾.

³⁾ „Neues Deutschland“ vom 2. 8. 1956, S. 3

⁴⁾ Vertrauliche Anweisung Nr. 148 vom 15. 1. 1956 des Oberbürgermeisters von Ost-Berlin.

Die schematische Anwendung von Anweisungen dieser Art muß sich naturgemäß auch auf die Privatbetriebe ausgewirkt haben, die als Vorlieferanten von volkseigenen Betrieben, als devisenbringende Exportbetriebe und als „Betriebe mit einer gewissen Monopolstellung innerhalb eines Wirtschaftszweiges“⁵⁾ für das Funktionieren der Planwirtschaft von einiger Bedeutung sind. Diese Privatbetriebe sollen nunmehr durch die staatliche Beteiligung „auf einem friedlichen Wege in sozialistische Betriebe umgestaltet“⁵⁾ werden. Hierfür wird die Form der Kommanditgesellschaft gewählt, bei der der Staat mit einer Kapitaleinlage als Kommanditist in die neu zu bildenden Gesellschaften eintritt. Der ehemalige private Unternehmer wird geschäftsführender, persönlich haftender Komplementär, der nur ein lohnsteuerpflichtiges Gehalt bezieht — hier wird das alte betriebswirtschaftliche Problem des Entgeltes für die Unternehmerleistung akut — und nach seinem Kapitalanteil am Gewinn der Gesellschaft beteiligt bleibt. In der Regel soll die staatliche Beteiligung mindestens 50 vH, möglichst aber einen höheren Hundertsatz, betragen. Dadurch sichert sich die öffentliche Hand die Entscheidungsgewalt und macht den Unternehmer zum Angestellten.

Bis Anfang September 1956 sollen 500 Privatunternehmer einen Antrag auf staatliche Kapitalbeteiligung gestellt haben. Die Freiwilligkeit dieser Antragstellung hat in den meisten Fällen nicht bestanden. Diese Unternehmer genießen zwar neben der günstigeren steuerlichen Regelung hinsichtlich der Auftragserteilung und Materialversorgung gegenüber den reinen Privatunternehmern besondere Vorteile — sie werden wie die Staatsbetriebe behandelt —, aber mit der Unterstellung ihres Betriebes unter die Anleitung und Kontrolle der staatlichen Verwaltungsstellen nehmen sie de facto den Charakter eines Leiters eines Staatsbetriebes an. Sie sind verpflichtet, einen dem Direktorfonds der VEB vergleichbaren Fonds aus dem Gewinn zu bilden, sie müssen mit der Belegschaft einen Betriebsvertrag nach dem Muster des Kollektivvertrages der VEB abschließen und unterliegen der Mitbestimmung der Staatsgewerkschaft in allen Betriebsangelegenheiten und der staatsgewerkschaftlichen Kontrolle auch hinsichtlich der Führung der betrieblichen und privaten Konten.

Obwohl das auf diesem Wege investierte staatliche Kapital sicher eine höhere Verzinsung bringt als in den Staatsbetrieben selbst, ist dieser Umstand nicht als Grund für die Staatsbeteiligungen anzusehen. Der Anlaß dafür ist zweifellos politischer Natur. Aus diesem Grunde wird auch an eine Angleichung der Besteuerung der Beteiligungsbetriebe an das bei den Staatsbetrieben angewandte Verfahren der Produktionsabgabe — wenigstens vorläufig — nicht zu denken sein, weil dies für die Beteiligungsbetriebe Kostenvorteile mit sich brächte, ohne daß der Steuerertrag für die Staatskasse anstiege.

⁵⁾ „Deutsche Finanzwirtschaft“, Ost-Berlin, Jg. 1956, Nr. 13, S. 584/85.

Gegenstand	Einheit †		Vorjahr					Gegenwart								
			14.-20. August 1955	21.-27. August 1955	28. August bis 3. Sept. 1955	4.-10. Sept. 1955	11.-17. Sept. 1955	15.-21. Juli 1956	22.-28. Juli 1956	29. Juli bis 4. Aug. 1956	5.-11. August 1956	12.-18. August 1956	19.-25. August 1956	26. August bis 1. Sept. 1956	2.-8. Sept. 1956	9.-15. Sept. 1956
			33.	34.	35.	36.	37.	29.	30.	31.	32.	33.	34.	35.	36.	37.
Produktion																
Geschäftstätigkeit in USA	1947/49 = 100	Sa	138,8	139,0	139,7	138,7	140,1	133,6	134,6	135,3	138,6	141,2	142,4	143,4	142,5	.
Industrieproduktion in USA			158,8	159,0	156,4	157,4	157,4	124,8	121,7	126,5	141,1	157,4	162,4	159,4	160,2	160,0
Steinkohlenföderung. in Westdtschl. 1) .	1000 t	WS	2451	2436	2424	2456	2498	2602	2587	2557	2556	2559	2560	2562	2564	.
" " Großbritannien	"	"	4215	4255	4252	4181	4497	3749	3540	2683	2337	3648	4157	4347	4295	4046
Kohlenförderung in USA	"	"	8600	8763	8596	7779	9049	8205	8187	8378	8641	9031	9022	9203	7915	.
Rohstahlerzeugung in Westdeutschld. 1)	"	"	257	252	251	257	263	272	271	273	269	277	279	274	268	.
" " USA	"	"	2021	2001	2054	2054	2082	327	349	391	1170	1910	2123	2155	2204	2234
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Stück	"	169	154	106	105	146	147	145	140	133	61	89	77	67	87
Stromverbrauch in West-Berlin 2)	Mill. kWh	"	27,7	25,9	24,6	26,7	28,7	25,7	25,8	26,7	27,3	28,4	28,7	29,2	29,2	30,8
Güterverkehr																
Wagengestellung b. d. Dt. Bundesbahn	1000 Wagen	WS	358,0	369,2	374,1	374,9	379,5	381,8	390,9	382,8	378,7	371,7	375,6	383,4	.	.
Zahlungsverkehr																
Zahlungsmittelumlauf in Westdeutschland u. West-Berlin	Mill. DM	BSt	12921	12240	13892	13308	13067	.	13512	15231	14377	13907	13400	15237	14620	.
Notenumlauf d. Bank von England	£	Mi	1809	1789	1782	1781	1776	1941	1963	1979	1978	1951	1924	1908	1901	1893
" " Bank von Frankreich	Mrd. frs.	Do	2595	2588	2673	2669	2629	2907	2932	3003	2977	2942	2904	2979	3001	2979
" " Niederländ. Bank	Mill. hfl.	Mo	3696	3699	3798	3801	3737	3981	4035	4141	4049	3982	3960	3998	4062	3961
" " Belgischen Nationalbk.	" bfrs.	Do	105034	104629	106339	105938	104982	108766	108470	110497	110125	109299	108500	108676	110094	108917
" " Schweizer.	" sfrs.	BSt	4985	4989	5131	5069	5026	.	5160	5264	5167	5107	5146	5290	5224	5170
" " Schwedischen	" skr.	Do	.	4506	4780	.	.	.	4805	4955	4781	4780	4768	5048	4886	.
Zahlungsmittelumlauf in USA	" \$	Mi	30336	30288	30268	30436	30520	30808	30632	30575	30633	30681	30654	30618	30787	30910
Geld- und Kapitalmarkt																
<i>Bank deutscher Länder</i>																
Goldbestand	Mill. DM	BSt	3348	3370	3370	3370	3452	.	4983	4983	4983	5278	5278	5341	5341	.
Inlandswechsel	"	"	1075	936	1087	1147	1336	.	1428	1463	1272	1062	1029	1194	1169	.
Lombardforderungen	"	"	81	26	182	15	55	.	12	278	.	55	.	285	.	
Vorschüsse an die öfötl. Verwaltung . .	"	"	107	107	111	108	110	.	111	95	97	104	82	76	79	.
Forderungen gegen die öfötl. Hand	"	"	1530	1530	1530	1530	1530	.	1534	1534	1535	1534	1535	1535	1536	.
Einlagen	"	"	2693	3216	2025	2564	3154	.	6247	4945	5397	5760	6185	4917	5446	.
<i>480 repräsentative Geldinstitute in Westdeutschland</i>																
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken . .	"	"	18092	.	18047	.	18429	.	.	18890	.	18967
Einlagen von Nichtbanken	"	"	28586	.	28701	.	28675	.	.	29844	.	30247
darunter Spareinlagen	"	"	10504	.	10582	.	10668	.	.	12048	.	12053
<i>Berliner Zentralbank</i>																
Wechsel	"	"	20,7	15,2	6,4	67,7	64,4	.	95,6	81,7	83,3	69,8	58,1	61,2	72,8	68,2
Angekaufte Ausgleichsforderungen	"	"	191,5	191,5	191,5	191,5	191,5	.	181,3	178,8	178,8	177,8	177,8	177,8	177,8	177,8
Einlagen	"	"	266,0	278,6	204,8	247,7	270,1	.	250,7	270,5	317,8	301,5	222,2	216,3	233,4	278,8
<i>Bank von England</i>																
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg. . .	Mill. £	Mi	1821,3	1821,2	1821,3	1796,3	1796,3	1996,3	1996,2	1996,2	1996,2	1996,2	1946,2	1946,2	1921,2	1921,2
Forderungen der Bankabteilung	"	"	314,5	295,5	300,2	329,0	329,8	255,6	278,0	284,1	269,8	287,1	294,1	281,1	287,5	298,5
Einlagen	"	"	314,9	315,8	327,2	332,2	338,3	299,1	299,0	289,0	276,1	320,0	303,6	307,5	295,6	314,4
<i>Bundes-Reserve-Banken in USA</i>																
Aktiva insgesamt	Mill. \$	Mi	50999	49876	49880	49738	51268	51603	50601	50605	50397	51846	51222	.	.	.
darunter: Goldzertifikate	"	"	20136	20135	20145	20145	20245	20285	20283	20296	20321	20321	20321	.	.	.
Regierungspapiere	"	"	23855	23796	23760	23760	23672	23484	23367	23418	23418	23565	23544	.	.	.
Einlagen insgesamt	"	"	20009	19586	19532	19433	19672	19824	19429	19389	19354	19879	19868	.	.	.
darunter: Regierungseinlagen	"	"	542	585	393	475	427	477	591	505	561	552	554	.	.	.
<i>Zinssätze</i>																
Tagesgeld in London	% p. a.	Sa	2 ³ / ₄ -3 ¹ / ₂	2 ³ / ₄ -4	2 ³ / ₄ -4	2 ³ / ₄ -4	2 ³ / ₄ -4 ¹ / ₂	3 ³ / ₄ -4 ¹ / ₂	3 ³ / ₄ -4 ¹ / ₂	3 ³ / ₄ -4 ³ / ₄	3 ³ / ₄ -4 ³ / ₄	3-4	4-5 ¹ / ₂	3 ³ / ₄ -5	3 ³ / ₄ -4 ³ / ₄	3 ³ / ₄ -5
Handelswechsel, 3 Mon., London	"	"	4 ¹ / ₂ -5	4 ¹ / ₂ -5	4 ¹ / ₂ -5	4 ³ / ₄ -5 ¹ / ₂	4 ³ / ₄ -5 ¹ / ₂	6-6 ¹ / ₂	6-6 ¹ / ₂	6-6 ¹ / ₂	6-6 ¹ / ₂	6-6 ¹ / ₂	6-6 ¹ / ₂	6-6 ¹ / ₂	6-6 ¹ / ₂	6-6 ¹ / ₂
<i>Effektenmarkt</i>																
<i>4⁰/ige Wertpapiere in Westdeutschland</i>																
Gesamt-Kursniveau	vH	BSt	92,32	91,70	91,87	91,60	91,46	.	86,30	85,95	85,61	84,96	83,79	83,15	82,97	.
dar. Pfandbriefe	"	"	92,88	92,09	92,12	91,91	91,82	.	85,62	85,15	84,79	84,00	82,00	81,21	81,00	.
der Hypothekenbanken	"	"	91,94	91,81	91,75	91,75	91,69	.	88,69	88,69	88,41	87,53	87,16	86,89	86,70	.
Kommunalobligationen	"	"	90,90	90,75	90,60	90,55	90,55	.	85,55	88,25	84,85	83,75	81,80	81,10	80,60	.
der Hypothekenbanken	"	"	92,50	92,50	92,50	92,50	92,50	.	89,33	88,83	88,75	87,92	87,58	87,21	87,21	.
der öfötl.-rechtl. Kreditanstalten	"	"	91,26	90,58	91,35	90,63	90,27	.	86,07	85,85	85,41	85,41	85,81	85,31	85,23	.
Industrieobligationen	"	"	124,3	132,3	134,7	134,9	134,9	108,6	107,7	107,2	105,2	105,6	106,0	105,81	105,7	104,8
Aktienindex, Westdeutschland 3)	31. Dez. 54 = 100	Fr	198,4	200,0	192,5	196,3	198,1	184,1	183,2	182,5	178,4	183,3	184,1	182,9	181,4	181,2
Aktienindex, Großbritannien 4)	1.7. 1935 = 100	Fr	453,6	463,7	472,5	464,6	483,7	514,6	512,3	520,3	517,4	515,8	507,9	502,0	506,8	500,3
Aktiendurchschnittspreise in USA 5) . .	\$ je Stück	Fr
Wechselkurse																
DM-Noten, Freiverkehr, Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	101,20	101,15	101,15	101,20	101,20	.	101,75	101,50	100,93	100,80	100,94	100,95	100,80	100,81
" " New York	\$ je 100 DM	"	23,56	23,56	23,56	23,60	23,56	.	23,75	23,75	23,55	23,55	23,55	23,50	23,50	
" " Paris	frs. je DM	"	83,26	83,20	83,23	83,28	83,32	.	83,96	83,96	83,96	83,94	83,96	83,96	83,96	
DM-Ost, Mittelkurs, Berlin	je DM-West	Fr	4,88	4,85	4,78	4,61	4,68	3,93	3,98	3,98	4,05	4,05	4,08	4,08	4,05	4,10
Weltrohstoffpreise																
<i>Indizes</i>																
Moody's Index	31.12.31 = 100	Fr	404,1	405,4	407,8	409,5	409,9	409,1	411,7	418,3	422,2	423,5	424,1	426,6	425,6	426,6
Reuter's Index	18.9.31 = 100	"	491,2	488,5	488,5	490,9	489,0	479,1	475,9	481,3	483,4	481,8	478,3	474,6	475,8	479,9
DIW-Index 6)	1938 = 100	Mi	294,5	294,9	295,9	296,0	297,0	298,6	297,3	299,6	302,2	302,6	302,6	303,6	303,7	304,9
dar. Nahrungs- und Genußmittel	"	"	285,1	285,4	290,1	292,3	293,6	299,3	299,4	301,0	302,5	304,3	301,5	300,6	302,0	304,3
Textilrohstoffe	"	"	339,0	338,6	331,9	328,3	328,8	344,7	340,9	339,6	342,2	341,7	344,3	348,5	347,3	348,6
Metalle	"	"	299,3	300,5	311,9	313,4	311,5	291,5	289,5	300,2	305,9	304,6	304,3	304,7	308,1	309,0
<i>Preise</i>																
Weizen, hardw. II, loco, New York	cts je 60 lbs	"	250,63	250,63	251,50	255,13	259,13	258,63	260,25	261,25	261,75	264,88	266,25	268,00	270,00	272,13
Kaffee, Santos 4, loco, New York	cts je lb	"	55,00	56,00	58,50	59,00										